Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,5 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 150 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 165. **Bromberg, Freitag den 23. Juli 1926.** **33. (50.) Jahrg.**

Außenminister Graf Zaleski über Polens Außenpolitik.

Von unserer Warschauer Redaktion.

Warschau, 21. Juli.

In der heutigen Sitzung der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten hielt der Außenminister Graf Zaleski ein Exposé über die außenpolitische Lage Polens. Seine Darlegungen waren ein starkes mutiges Bekenntnis zur unentwegten Friedenspolitik. Dieses Friedensbekenntnis war notwendig, da die dem Regime Pilsudskis feindlich gesinnte Rechtspresse und auch Politiker der Rechten in die Welt Nachrichten gesetzt hatten, daß Polen einen Krieg mit Sowjetrußland anstrebe. Und zwar hieß es, daß Marschall Pilsudski Geheimabkommen mit dem englischen Gesandten getroffen habe, wonach England dem polnischen Staate eine große Anleihe gewähren und die polnische Industrie, besonders die Kriegsindustrie ausbauen wolle, wenn Polen die Verpflichtung eingehen würde, im gegebenen Augenblick im Auftrage Englands gegen Sowjetrußland loszuschlagen.

Außenminister Zaleski führte u. a. aus: „Das ganze nachkriegszeitliche Europa macht gegenwärtig eine materielle und moralische Krise durch. Es benötigt darum den Frieden, und zwar nicht den faktischen Frieden allein, sondern auch den Frieden in allen Bestrebungen und Voraussetzungen, also auch in der Stimmung, die es gestatten würde, die während des internationalen Krieges zerrissenen Fäden wieder zusammenzuknüpfen, einen normalen Warenverkehr herbeizuführen, das gegenseitige Vertrauen wiedererstehen zu lassen und die handliche Zusammenarbeit im Interesse der ökonomischen und finanziellen Rekonstruktion zu ermöglichen.

Ganz Europa braucht den Frieden.

Wenn aber in Europa irgendein Staat mehr als die anderen den Frieden anstrebt, so ist dies Polen, das seine Rekonstruktion nicht allein nach dem Weltkriege, sondern nach jahrhundertelanger Unfreiheit und Zerrissenheit durchführen muß. Die innere Arbeit, die unser noch harrt, ist so ungeheuer groß, daß wir, wenn wir sie überwältigen wollen, die allergrößten Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens machen müssen. Ich will dies mit voller Standhaftigkeit und voller Ausdrucksfähigkeit unterstreichen, um nicht mehr zu diesem Thema zurückkehren zu müssen, worüber kein Zweifel herrschen darf. Die Kriegsalarme, die Polen betreffen, können nur durch Gegner des polnischen Staates und der polnischen Nation lanciert sein und vor deren unvorsichtigen Wiederholung müssen unsere Politiker und unsere Presse gewarnt werden.

Polen braucht keinen Krieg zu führen. Es will keine Faustvoll fremder Erde, ebenso wie es selbst auf keinen Fall eine Handvoll eigener Erde abgeben würde.

Die Friedenspolitik muß auf dem Streben nach intensivster allseitiger internationaler Zusammenarbeit für die gemeinsamen staatlichen Ziele beruhen. Nur eine solche Zusammenarbeit, die nicht auf der Unterordnung eines Staates vor einem zweiten beruht, sondern die Interessen aller Staaten gleich berücksichtigt, ist befähigt, in Zukunft ein System zu schaffen, das erfolgreich alle Konflikte unmöglich machen würde. Bei dieser Zusammenarbeit wollen wir den größten Anteil nehmen und in der ersten Reihe derjenigen Staaten marschieren, die zur Schaffung und zur Festigung des neuen Sachzustandes beitragen wollen. **Zur Unterstreichung dieser unserer Friedenspolitik wird der Kriegsminister nach Verständigung mit dem Außenminister in Kürze die Militärattachés bei der Mehrzahl der polnischen Auslandsvertretungen kassieren.**

Die Politik Polens gegenüber dem Völkerbund

muß auf der Linie der Weiterentwickelung des Völkerbundes schreiten, dessen Tätigkeit auf dem internationalen Terrain wichtige Ergebnisse gezeitigt hat. Mit umso größerer Beunruhigung beobachtet Polen die Möglichkeit einer schweren Krise, die dem Völkerbunde im Zusammenhang mit der Ankündigung des Austritts Brasiliens aus dem Völkerbunde sowie durch die Eventualität eines ähnlichen Schrittes von seiten Spaniens droht. Wir haben die feste Überzeugung, daß nichts vernachlässigt werden wird, um dieser Krise vorzubeugen. Von diesem vollkommen allgemeinen Gesichtsstandpunkt aus behandelt Polen die Notwendigkeit der Erlangung der Garantie einer ständigen Mitarbeit im Völkerbunde, einer Garantie, die ihre Berechtigung hat in der vorzüglichen Rolle die Polen bei der ganzen Pazifizierung und Organisationstätigkeit des Völkerbundes spielt. Die geographische Lage Polens sowie seine Bevölkerung und deren Bedeutung in den ökonomischen Beziehungen Europas hat Polen eine wichtige Rolle in der Weltpolitik zugewiesen, und zwar eine solche, daß man sich die Möglichkeit der Lösung der Friedensprobleme der Welt ohne aktive und dauernde Mitarbeit Polens nicht denken kann.

Ich habe schon die Gelegenheit gehabt, in Unterredungen mit Vertretern der Auslandspresse meine Überzeugung auszusprechen, daß die Zusammenarbeit aller Nationen auf dem Terrain des Völkerbundes in keinem Gegensatz zu unserer Zusammenarbeit mit besonderen Nationen in Form von Bündnissen, also inniger Verständigung, steht. Unsere Bündnisse und innigeren Verständigungen tragen den Charakter der Erhaltung, Festigung und des Schutzes des gegenwärtigen Sachzustandes, der sich auf die Friedensabschlüsse stützt. Denselben Charakter muß die Arbeit eines jeden Mitglieds des Völkerbundes auf dessen Terrain haben. Deshalb sind unsere Bündnisse der Ausdruck unserer unabänderlichen Friedenspolitik. Dies ist vor allem unser **Bündnis mit Frankreich,** das sich gegen **niemanden richtet, nur ein Sicherheits- und Friedensinstrument** ist und darum als solches dem besonderen Schutze der Regierung anvertraut sein wird.

Mit lebendiger Befriedigung stelle ich fest, daß **die polnisch-italienische Zusammenarbeit** sich günstig auf dem politischen Terrain entwickelt. Auf dem internationalen Gebiete begegnen wir oft einem wohlgesinnten Interesse vonseiten der englischen Regierung. An guten Beziehungen zu ihr sowohl bei direkten Interessen, die wichtig und zahlreich sind, als auch in bezug auf allgemeine Probleme der internationalen Politik, bei welchen Großbritannien eine so wichtige Rolle spielt, ist es uns sehr gelegen und ich kann versichern, daß die polnische Regierung alle Anstrengungen machen wird, um zur Festigung und Vertiefung dieser günstigen gegenseitigen Stimmungen beizutragen.

Der Minister versicherte alsdann, daß Polen

auch in Amerika freundschaftliche Beziehungen,

vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, unterhalten will und erinnerte im Zusammenhang damit an die in Polen mit so großem Enthusiasmus begangene Feier des 150jährigen Unabhängigkeits-Gedenktages der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ein weiterer Beweis für das Verlangen Polens nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Amerika sei die Einladung des amerikanischen Professors Dr. Kemmerer nach Polen, der seine Arbeiten in Warschau schon begonnen hat, die ein Beweis für unser allgemeines Sanierungsprogramm sind. Alsdann wandte sich der Minister dem Fernen Osten zu und sagte, daß Polen stets freundschaftliche Beziehungen zu Japan unterhalten habe. Es sei ihm lieb, hier die Tendenzen zur Belebung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs zu unterstreichen.

Der Minister wandte sich nun den

deutsch-polnischen Beziehungen

zu und führte dabei wörtlich aus:

Die Verflechtung der Interessen, die Polen mit Deutschland vereinigt, verlangt für das Wohl beider Staaten, wie auch für die internationale Situation, daß zwischen Polen und Deutschland friedliche Zusammenarbeit bestehe. Die polnische Regierung will die polnisch-deutschen Beziehungen auf reale Grundlagen stützen, eine normale nachbarliche Zusammenarbeit ausbauen, die von jeglicher gegenseitiger Animosität befreit wäre. Sofern Deutschland das gleiche Verständnis für dieses Programm und für die Gleichheit unserer Interessen zeigt, so können die polnisch-deutschen Beziehungen in bedeutendem Maße zur Entspannung der internationalen Situation beitragen. Auf diesem Wege ist die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland eine wichtige Etappe. Die langwierigen Verhandlungen über den Handelsvertrag sind endlich auf die Gleise konkreter Arbeit in der Kommission gelangt. Nach mehrtägiger Unterbrechung wurden am 19. d. M. die Arbeiten an den Zolltarifen, der Kontingentierung und über das Niederlassungsrecht physischer und rechtlicher Personen wieder aufgenommen. Die polnische Regierung hat es nicht versäumt, zur Mitarbeit mit der polnischen Delegation in Berlin bei diesen wichtigen Verhandlungen die Vertreter der entsprechenden Wirtschaftsgruppen einzuladen.

Der Minister sprach sodann über den

sowjetrussisch-deutschen Vertrag,

der bekanntlich von der polnischen Rechtspresse zu heftigen Angriffen gegen Deutschland benutzt wurde. Die polnische Presse verdächtigte dabei Deutschland gefährlicher Kriegstreibereien. Der Minister sagte hierzu, daß die Beunruhigung unberechtigt sei, da die wahrheitsgetreuen Versicherungen über diesen Vertrag genau zeigen, daß das Abkommen einen reinen Friedenscharakter habe und durch nichts die Verpflichtungen Deutschlands erschüttere, die dieses auf sich nimmt, wenn es dem Völkerbund beitritt.

Über Polens Beziehungen zu Sowjetrußland

äußerte sich der Minister wie folgt: Man könne mit Befriedigung feststellen, daß diese Beziehungen besser geworden sind und auf immer realere Gleise nachbarlicher Zusammenarbeit kommen. Hierdurch wird die dem polnischen Staate feindlich gesinnte Propaganda, die von einem baldigen Kriege zwischen Polen und Rußland wissen wollte, Lügen gestraft. **Entlang der polnisch-russischen Grenze herrscht Frieden.** Die Grenzzwischenfälle und Konflikte haben fast vollständig aufgehört. Die an der Grenze tätige gemischte polnisch-russische Grenzkommission liquidiert die gegenseitigen Mißverständnisse in günstigem Sinne. Vorwärtsgekommen sind auch die Arbeiten der Evakuierungskommission, die bekanntlich das polnischen Staatsbürgern gehörige Gut zurückliefert. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Beziehungen sind verschiedene Fortschritte zu verzeichnen, wodurch beide Staaten wirtschaftlich einander näher gekommen sind. Der Minister erwähnte hierbei die polnisch-sowjetrussische Handelskammer in Warschau, den Ausflug russischer Wirtschaftskreise nach Polen, die Erleichterung der Visaerteilung, die Besserung des Eisenbahnverkehrs und die Schaffung einer polnisch-sowjetrussischen Handelsgesellschaft (Sowpoltorg). Die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen sei von einer Reihe anderer Faktoren abhängig, wie z. B. von der Kreditmöglichkeit und von der Erlangung konkreter Verständigungen in Wirtschaftsfragen, sowie von der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens der Wirtschaftskreise auf beiden Seiten. In den letzten Wochen habe sich die Mitarbeit hier tatsächlich ausgebreitet. Beweis hierfür sind die sowjetrussischen Bestellungen auf polnische Kohle, Zink und Hanf. Was die politischen Beziehungen anbelangt, so wünscht Polen ein gutes Ergebnis derjenigen Verhandlungen herbeizuführen, die seit einiger Zeit zur Pazifizierung des Ostens Europas geführt werden. **Im Zusammenhang damit unterstrich der Minister, daß Polen keinerlei Absichten habe, irgendwelche Blocks um sich herum zu gruppieren, die gegen irgendeinen Nachbarn Polens gerichtet sein würden.** Polen habe einzig und allein das Friedensinteresse im Auge.

Mit besonderer Sorge wird Polen, so fuhr der Außenminister fort, um die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den **baltischen Staaten** bemüht sein. Polen ist jederzeit bereit, auch die vollen internationalen Beziehungen mit **Litauen** anzuknüpfen, es erachtet den gegenwärtigen Zustand als unnormal und sehr schädlich. Die polnische Regierung hat die Hoffnung, daß Litauen früher oder später zum Verständnis für diese schon längst offenkundige Wahrheit kommen werde.

Zum Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Minister der

Kreditpolitik Polens

zu. Er erklärte, daß die wirtschaftliche Sanierung innigst mit der internationalen Kreditpolitik verbunden sei. Wenn der ausländische Kredit Polen notwendig werden sollte, so würde dies kein Faktor sein, welcher der Wirtschaftssanierung vorangehen würde und den man um jeden Preis, selbst gegen politische Zugeständnisse, erlangen müßte. Vielmehr wird der Kredit die Konsequenz der Sanierung sein. Polen wird ihn durch eigene Kraft im selbst gewählten Augenblick und gegen die allerbesten Bedingungen aufnehmen.

*

Als der Minister geendet hatte, wurde ihm von der Mehrzahl der anwesenden Kommissionsmitglieder reicher Beifall gespendet. Die Kommission beschloß, die Diskussion über die Ausführungen des Außenministers erst in der nächsten Woche aufzunehmen. Die Linkskreise wollen gern noch die Meinung der Regierung über das Genfer Protokoll und den Locarno-Vertrag hören, worüber sich der Minister ausgeschwiegen hat. In der Kommission wird eine diesbezügliche Interpellation eingebracht werden, auf die der Minister antworten soll.

Der Stand des Złoty am 22. Juli:

In Danzig: Für 100 Złoty 56,62½,
In Berlin: Für 100 Złoty 46,15
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Polski: 1 Dollar = 9,00
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 9,09.

Die Vollmachten.

Das Ermächtigungsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Warschau, 21. Juli. PAT. In Fortsetzung der Sejmdebatte über die Vollmachten sprachen zunächst die Abgg. **Rogula** (Weißrusse) und **Kronig** (Deutscher Klub). Abg. **Libermann** (Sozialist) gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Polnische Sozialistische Partei die Vollmachten der Regierung nicht geben könne, trotzdem zu ihren Mitgliedern auch Józef Piłsudski gehöre, ein Mann von großer historischer Bedeutung, der als Führer dieser Partei große Kämpfe um die Unabhängigkeit des Vaterlandes geführt habe, und dessen Leben und Taten eine große Bedeutung nicht allein für die Armee, sondern auch für den ganzen Staat hätten. — Abg. **Kowalczyk** (Piast) erklärte, daß seine Partei für die Vollmachten stimmen werde. Abg. **Prystupka** (Kommunist) sprach sich gegen, Pfarrer **Ilkow** (polonisierter Ukrainer) für die Vollmachten aus.

Ministerpräsident Bartel, der hierauf das Wort ergriff, gab die Erklärung ab, die Regierung habe nichts dagegen, daß der Termin der Vollmachten bis zum Zusammentritt des künftigen Sejm festgesetzt werde. Sollte jedoch die Kammer den Termin bis zum 1. oder 31. Januar festsetzen, so werde die Regierung hieraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Nach Erschöpfung der Diskussion schritt man zur Abstimmung. Nach Ablehnung einer Reihe von Abänderungsanträgen wurde das Gesetz in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung soll am heutigen Donnerstag stattfinden.

*

Die Regierung unzufrieden.

Die Regierung soll von dem Ergebnis der Abstimmung über die Verfassungsänderungen im Sejm wenig entzückt sein. Sie hat an den Sejmmarschall Rataj einen Brief gerichtet, in dem sie ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck verleiht, daß das Vetorecht des Staatspräsidenten und auch das Recht, zwischen den Sejmsessionen Dekrete zu erlassen, vom Sejm abgelehnt wurde. Diese Zugeständnisse erachte die Regierung jedoch als unerläßlich; sie werde daher bei der dritten Lesung des Verfassungsänderungsentwurfs verlangen, die gestrichenen Artikel wieder zu beschließen.

Von Herriot zu Poincaré.

Paris, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kammer hat gestern abend die Tagesordnung, die der neuen Regierung das Vertrauen aussprach, mit 290 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Herriot hat daraufhin dem Präsidenten der Republik die Demission überreicht, die auch angenommen wurde. Poincaré wurde noch in der Nacht mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Er hat heute früh dieses Mandat angenommen.

Neuyork, 22. Juli. (Eigene Meldung.) An der Fondsbörse veranlaßte das Gerücht, die Bank von Frankreich könnte möglicherweise infolge Erreichung der gesetzlichen Höchstgrenze des Banknotenumlaufs zur zeitweiligen Einstellung ihrer Zahlungen gezwungen werden, einen neuen Kursrückgang des Franken um 2—8 Punkte.

*

Der Frank erholt sich?

Paris, 22. Juli. (Eig. Meldung.) Der Sturz des Kabinetts Herriot hat zwar in Neuyork eine neue Verschlechterung der französischen Währung zur Folge gehabt, nicht aber in Paris, wo sich der Frank sogar etwas erholen konnte. Für das englische Pfund wurden gestern zum Schluß der Börse 227 Frank gezahlt, in den heutigen Morgenstunden dagegen nur 206—208 Frank. Nach Börsenbeginn mußten allerdings wieder 212—214 Frank für das Pfund gezahlt werden.

*

Die Regierungserklärung,

die Herriot unmittelbar vor seinem Sturz der Kammer vorlegte, wurde günstiger aufgenommen als man erwartet hatte. Herriot führte u. a. aus:

„Die gestern gebildete Regierung hat ihre ganze Sorge auf das Finanzproblem konzentriert. Niemals ist die Lage klarer und die Entscheidung dringlicher gewesen. Ungeheure Schwierigkeiten stehen zum Teil unmittelbar bevor, über die die Kammer unterrichtet wird und unverzüglich befinden muß. Wir sind der Ansicht, daß wir diesen Schwierigkeiten, selbst den dringlichsten, mit Hilfe des Parlaments entgegentreten müssen. Wir werden kein Schlußdekret verlesen. Unser Programm gründet sich auf die Überzeugung, daß das Land sich selbst retten muß. Frankreich gedenkt die Schuld, die es zur Verteidigung der Freiheit eingegangen ist, in einem Maße und in einer Form zu bezahlen, daß es sicher ist, die Verpflichtungen, die es übernehmen wird, halten zu können; aber wir sind unnachgiebig insofern, als es um die vollkommene Unabhängigkeit seines Handelns auf allen Gebieten geht. Wir weigern uns unter allen Umständen, die Grenze des Notenumlaufs zu erweitern.

Um die Stabilisierung der Währung zu erreichen, beabsichtige die neue Regierung, alle Devisen, die sich außerhalb Frankreichs im französischen Besitz befinden, zurückzuschaffen; ein Amnestiegesetz solle die Durchführung dieser Maßnahme erleichtern. Als Gegenleistung für die von den französischen Rentenbesitzern erlittenen Verluste werde man eine Ausgleichssteuer auf alle Aktiven schaffen, die nicht im Dienste des öffentlichen Kredits stehen.

Überdies gedenken wir dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Höchstbesteuerung vorzulegen, der auf alle Fälle die steuerlichen Lasten des Ertrages der Arbeit und der Spartätigkeit einschränkt. Wir sind zu dem Augenblick angelangt, wo es gilt, die Vergangenheit zu liquidieren. Wir fordern Sie auf, uns auf dem Wege zu folgen, der vielleicht leidvoll sein wird, der uns aber zum Wohle des Landes führen muß. Wie alle Völker, die ihre Finanzsanierung durchgeführt haben, wollen wir die Lebenshaltung des Landes einschränken. Die Einschränkungen werden beim Staate beginnen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte ergriff der neue Finanzminister **de Monzie** das Wort. Er schilderte die Situation der Tresors in den düstersten Farben und erklärte, **daß sich in den Kassen des Fiskus nicht mehr ein Centime befinde.** Aus diesem Grunde müsse er von der Kammer die Ermächtigung zum **Rückgriff auf die aus dem Morganfonds verfügbaren Summen** verlangen. Die Regierung müsse die Möglichkeit zum sofortigen Handeln erhalten. Die Lage zwinge sie, den Fonds anzugreifen, selbst wenn die Kammer ihre Zustimmung dazu nicht geben sollte. (Stürmische Bewegung und lebhafte Zurufe.) Eine Anspielung de Monzies, die das letzte Kabinett für die Verschärfung der Situation verantwortlich macht, ruft eine ungewöhnlich lange

scharfe Intervention Briands

hervor. Briand weist den ihm von dem Finanzminister gemachten Vorwurf mit großer Entschiedenheit zurück und erklärt, daß einzig und allein das neue Kabinett die Schuld daran trage, dessen Konstituierung im ganzen Lande eine Panik ausgelöst habe, die zu einem Sturm auf die Sparkassen und zu einem katastrophalen Rückfluß von Nationalen Verteidigungsbonds und Schatzwechseln führte. Nach der Intervention Briands findet eine kurze Unterbrechung der Sitzung statt. Die Erregung, die zum Sturz der Regierung führen sollte, hat damit ihren Höhepunkt erreicht.

*

Eine Nachtsitzung der Kammer.

Paris, 22. Juli. (Eigene Meldung.) Nach der Bekanntsage des Abstimmungsergebnisses hat de Monzie, die von ihm vorgelegten Finanzprojekte noch am gleichen Abend zu verabschieden. Es wurde deshalb eine neue Sitzung für ½12 Uhr nachts anberaumt, damit in der Zwischenzeit die Finanzkommission beraten könne. In der Finanzkommission herrschte Einstimmigkeit über die Annahme der Gesetzentwürfe.

*

Demonstrationen.

Paris, 22. Juli. (Eigene Meldung.) Die Kammer war am späten Abend von Tausenden von Menschen umlagert, die zum Teil für, zum Teil gegen Herriot demonstrierten. Ein starkes Polizeiaufgebot räumte die Straßen von den Demonstranten. Zu Tätlichkeiten ist es nicht gekommen. In St. Denis wurden verschiedene Autos mit Engländern und Amerikanern angehalten und die Insassen verprügelt. Auch auf dem Montmartre und in dem Künstlerviertel Montparnaß fanden verschiedentlich Angriffe auf ausländische Besucher statt, so daß die Polizei zur Wiederherstellung der Ruhe einschreiten mußte.

*

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Meldung.) Die **„Tägliche Rundschau“** schreibt: „Der Sturz des Kabinetts Herriot habe gezeigt, daß auch das sozialistische Programm der Kapitalabgabe und der Sanierung aus eigener Kraft keine Mehrheit in der französischen Kammer habe. Es bleibt die Frage, ob nun ein Politiker der Rechten mit einem eigenen Programm vortreten werde.“

Der **„Vorwärts“** schreibt: „Das Kabinett Herriot sei gestürzt worden, weil sein Programm eine stärkere Heranziehung des Besitzes vorgesehen hätte. Herriot sei ein Opfer seiner eigenen Fehler geworden. Ohne Vollmachten lasse sich eine so weit vorgeschrittene Inflation nicht überwinden. Hätte der Deutsche Reichstag seinerzeit der Regierung keine Ermächtigungen erteilt, so wäre die Überwindung der Inflation in Deutschland sehr in Frage gestellt worden. Poincaré als der Retter sei ein trüber Abschluß der zweijährigen Politik des Linkskartells.

*

Eine englische Stimme.

London, 21. Juli. (Eig. Meldung.) In einem Leitartikel mit der Überschrift: **„Der Weg zum Ruin“** sagen die „Times“: „Die blinde und engherzige Selbstsucht, das fundamentale Laster aller Gruppen der gegenwärtigen französischen Kammer macht die Existenz einer starken Regierung unmöglich. Keine Geschicklichkeiten in der Verteilung der Posten oder der Zusammenstellung von Programmen könne dazu führen, daß man in Frankreich die Partei- und Privatinteressen vor der Pflicht, die sie Frankreich schulden, zurücktreten lasse.“

Der Abbau des „Mir“.

Die Bolschewisten auf Stolypins Pfaden.

Die Räteregierung gegen den Agrarkommunismus der Zarenzeit.

Aus Helsingfors wird der „Köln. Zeitung“ berichtet:

Seit dem Tode Lenins, mehr noch seit Verdrängung der Sinowjews und seiner Freunde — am meisten aber seit der Diktatur Dserschinski-Stalin —, bröckeln in Räterußland die krassen Maßnahmen des sogenannten Kriegskommunismus allmählich ab. Der Kampf der Leninisten gegen die Kompromißler spielte sich unter schweren Erschütterungen der K. P. R. ab, aber erst die regelrechte Kaltstellung Trotzkis und Sinowjews besiegelte das Schicksal der Opposition. Jetzt, nach dem vollständigen Sieg der Kompromißler, eigentlich aber erst, nachdem der gefürchtete Dserschinski (dessen Tod gestern gemeldet wurde! D. R.) die Sache der großen Änderungen in seine Hand genommen, bringt jede Woche, jeder Monat die Preisgabe irgendeiner wichtigen räterussischen „Errungenschaft“. Das letzte große Ereignis in dieser Richtung war die Freigabe des Privathandels im Innern. Nun geht es, und das ist von größter Bedeutung, an die **grundlegende Änderung des Gesetzes über die Landnutzung.**

Einer der verhängnisvollsten Schäden des alten Rußlands war die Form des bäuerlichen Landbesitzes, des sogenannten „Mir“. Besitzer des Bauernlandes war das Dorf in seiner Gesamtheit, und jeder einzelne Bauer erhielt seinen Teil (udjél) zur Nutznießung. Man kann sich leicht vorstellen, zu welchen Erscheinungen dieses System führte, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Anteilheischenden wohl größer wurde, das Dorfland aber dasselbe blieb. Diese „kommunistische“ Dorfwirtschaft war in Rußland jahrhundertealt und wurzelt tief im Volk. Der elende Stand der russischen bäuerlichen Landwirtschaft hatte seine Hauptursache im „Mir“ und seinen zahllosen bösen Folgen. An die Vernichtung dieser Erscheinung, eines wahren Eiterherdes am russischen Volkskörper, hatte sich keine russische Regierung herangewagt, weil alle die Bewältigung der Riesenaufgabe für unmöglich hielten. Erst Peter Stolypin, einer der wenigen befähigten Männer aus der Regierungszeit des letzten Zaren, begann mit dieser Reform, die nach der Aufhebung der Leibeigenschaft die wichtigste Regierungsmaßnahme werden sollte. Das große Werk wurde, kaum begonnen, durch die Revolution 1905 und Bagrows Mörderkugel, die Stolypin niederstreckte, unterbrochen. Der „Mir“ blieb, und auch die Bolschewiken rührten im wesentlichen nicht an seinen Grundlagen. Eigentümer des Landes war jetzt der Staat, privaten Landbesitz gab es überhaupt nicht, das Land zu verpachten, war streng verboten, ebenso es mit „fremder Hilfe“ zu bebauen.

Der neue Gesetzentwurf, der kürzlich vom Kleinen Rat der Volkskommissare genehmigt wurde, ist eine glatte Bankrotterklärung der unmöglichen Landnutzungsverordnungen aus Leninscher Zeit. Nach dem neuen Gesetzentwurf ist allerdings das ganze Land nach wie vor Eigentum des Staates. Zieht man aber die folgenden vier grundlegenden Änderungen in Betracht, so wird es jedem klar, daß der „Staat als alleiniger Eigentümer des Landes“ nichts weiter als eine papierne Formel ist, die nur dazu da ist und dazu da sein soll, den Schein zu wahren. Der Gesetzentwurf sieht vor:

1. Der Nutznießer hat das Recht, seinen Landanteil fristlos zu bebauen. (Das ist schon fast persönlicher Landbesitz.)

2. Der Nutznießer hat das Recht, sein Land einem andern Nutznießer zeitweilig zu überlassen. (Damit lebt das bisher verbotene Pachtverhältnis wieder auf.)

3. Der Nutznießer hat das Recht, nach eignem Ermessen Hilfskräfte zu beschäftigen. (Hierin liegt die amtliche Erlaubnis für den bislang verpönten Großbetrieb.)

4. Es wird das Recht erteilt, mit dem Staat langfristige Landnutzungsverträge abzuschließen. (Das ist wiederum nichts als eine verschleierte Form des Kaufs.)

Man sieht, daß von dem ursprünglichen räterussischen Landnutzungsgesetz eigentlich nichts übrig bleibt als das ständige krampfhafte Betonen des „Nutznießers“ — auch nur, um einen gewissen Schein harmlosen Gemütern gegenüber zu wahren. Eigentlich aber bedeutet das neue Gesetz eine beginnende Fortsetzung der unterbrochenen großen Stolypinschen Bodenreform — cum grano salis —, den beginnenden Abbau des alten Mir.“

So treibt — ein Treppenwitz der Weltgeschichte — der bolschewistische Beelzebub den agrarkommunistischen Teufel der Zarenzeit aus Rußland aus!

Die Katastrophe von Stargard.

Schluß der Verhandlungen vor dem Korridor-Schiedsgericht.

Danzig, 21. Juli. (PAT.) Von polnischer Seite wird amtlich gemeldet: Gestern fand hier die Verhandlung vor dem Schiedsgericht in der Frage der Stargarder Eisenbahnkatastrophe statt. Nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Vorsitzende zunächst dem deutschen Sachverständigen das Wort, der den Standpunkt seiner Regierung darlegte und hierauf dem polnischen Sachverständigen, dem Rat der General-Prokuratur Moderow, der in einer längeren Rede die deutschen Behauptungen zurückwies. Nach Anhörung der Ausführungen des neutralen Sachverständigen, des holländischen Eisenbahn-Direktors Maas Guestrannas, der bereits schriftlich in seinem Gutachten bestätigt hatte, daß die Ursache der Katastrophe ein Attentat gewesen sei, schloß das Gericht die Verhandlung. Das Urteil wird für den 22., spätestens 23. d. M. erwartet.

Professor Kemmerer im Ministerium für Agrarreform.

Warschau, 21. Juli. Am 20. d. M. suchte Professor Kemmerer in Begleitung des Regierungsrats im Finanzministerium, Taube, das Ministerium für Agrarreform auf. Professor Kemmerer hielt eine längere Konferenz mit Minister Staniewicz ab und informierte sich über die Agrarreform in Polen. Professor Kemmerer interessierte sich besonders für die Tätigkeit der staatlichen Agrarbank, mit deren Organisation er sich schon vorher bekannt gemacht hatte. Er betonte, daß er nach genauerer Kenntnis des Materials und der Organisation sowie der Arbeiten der staatlichen Agrarbank dieser Bank seine Hilfe bei der geplanten Reorganisierung zur Verfügung zu stellen wünsche.

Bombenattentat auf die Redaktion der „Polonia“.

Kattowitz, 20. Juli. Von unbekannten Tätern wurde gestern in das Redaktionsgebäude der „Kattowitzer Polonia“ eine Bombe geschleudert, die jedoch glücklicherweise nicht explodierte. Die Sicherheitsbehörden haben sofort umfassende Maßnahmen zur Ermittelung der Täter getroffen. Wie verlautet soll es sich um eine Gruppe Aufständischer handeln, die mit den Bestrebungen der um die Korfantypartei gruppierten Aufständischen nicht zufrieden ist. Die Polizei ist den Tätern bereits auf der Spur.

Nach einer weiteren Meldung wurden im Zusammenhange mit dem Attentat sieben Personen verhaftet, die verdächtigt sind, sich an diesem Attentat beteiligt zu haben. In einem Paket, das ihnen abgenommen wurde, befanden sich Teile einer Höllenmaschine und zwölf Kilogramm Dynamit. Wäre das Attentat gelungen, so wäre das ganze Redaktionsgebäude der „Polonia“ innerhalb weniger Sekunden in die Luft geflogen.

Republik Polen.

Neue Anleiheverhandlungen.

Warschau, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Hier eingegangene Nachrichten besagen, daß die polnische Regierung mit einer amerikanischen Bankgruppe Verhandlungen wegen Erlangung einer Anleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar zu 8 Prozent führt. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die polnische Industrie durch einige industrielle Repräsentanten in Paris Verhandlungen mit der Harrimangruppe wegen Gewährung einer Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar eingeleitet hat.

Herr Chlapowski verlangt die Ausweisung eines polnischen Journalisten aus Frankreich.

Paris, 21. Juli. PAT. Gestern früh wurde auf einen Sekretär der polnischen Botschaft im Botschaftsgebäude von dem hiesigen Korrespondenten polnischer Zeitungen Kazimierz Smorgorzewski ein Überfall verübt. Smogorzewski wollte Rache dafür üben, daß ihn der Vorstand der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Frankreich, dem der überfallene Sekretär angehörte, bei der Internationalen Föderation der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Mißkredit gebracht hatte. Die polnische Botschaft intervenierte bei den französischen Behörden mit dem Ersuchen, Smogorzewski aus den Grenzen Frankreichs auszuweisen.

Polens Schuldentilgung.

Warschau, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Bank Polski hat heute die Abzahlung ihrer Schulden bei der Federal Reserve Bank begonnen. Die Schulden waren durch Verpfändung des Goldes gesichert, das bei der Bank von England niedergelegt worden ist. Die Verpflichtungen belaufen sich auf 10 Millionen Dollar und werden bis Mitte August abgezahlt werden. Die Besserung der valutarischen Lage Polens und der finanziellen Lage der Bank Polski hat die Abzahlung der Schulden ermöglicht. Da die Abzahlung stufenweise erfolgt, so wird dies keinen Einfluß auf den Brutto-Valutavorrat der Bank haben.

Deutsches Reich.

Lord d'Abernons Nachfolger.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der im Herbst vor sich gehen soll, beabsichtigt der betagte englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, der dort etwa dieselbe wichtige Rolle spielte, wie weiland der Franzose de Panafieu in Warschau, zurückgetreten und seinen Lebensabend fern von hochpolitischen Arbeiten in seiner Heimat zu beschließen. Zum Nachfolger des Lords soll Sir Ronald Lindsay, einer der befähigtsten englischen Diplomaten, ausersehen sein.

Lindsay, der noch nicht fünfzig Jahre ist, entstammt einer der ältesten, angesehensten aristokratischen Familien, deren schottische Baronie in den Anfang des zwölften Jahrhunderts zurückreicht. Sein Bruder ist derzeitiger Earl of Crawford, der im Kriege und danach mehrere Kabinettsposten bekleidete. Der größte diplomatische Erfolg des in Aussicht genommenen Botschafters Lindsay ist in dem Abschluß des Irak-Vertrages zu erblicken; früher war er hauptsächlich in Washington, Petersburg, Paris und auf mehreren Orientposten tätig. Von 1921 bis 1924 war er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, was für seine Beziehungen zur Londoner Zentrale von Bedeutung ist. Seit 1924 ist er in zweiter Ehe mit einer Amerikanerin verheiratet. Auch seine erste Frau war eine Amerikanerin. Durch zweimalige Tätigkeit bei der Botschaft in Washington ist Lindsay mit den amerikanischen Verhältnissen besonders gut vertraut.

Mysteriöse Vorgänge bei der Militärkontrollkommission.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, sind vor einigen Tagen 3000 Flaschen unverzollte Weine und Liköre im Keller des Hauses, in dem sich die Interalliierte Kontrollkommission und ihre Kantine befindet, beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme erfolgte durch das Hauptzollamt Charlottenburg. Die unverzollten Waren wurden mit Lastautos abgeholt und zum Hauptzollamt Berlin-Packhof gebracht, wo sie jetzt noch lagern.

Der Leiter der Interalliierten Kommission, der französische General Walch, hat gegen die Beschlagnahme Einspruch erhoben mit der Begründung, daß der Wein nur für die Soldaten der Kommission bestimmt sei. Vorläufig steht noch nicht fest, ob die Beschlagnahme aufrechterhalten werden kann, da der wirkliche Sachverhalt noch in tiefes Dunkel gehüllt ist. Erst die weiteren Untersuchungen des Hauptzollamtes werden ergeben, ob es sich um eine Zollhinterziehung größeren Maßstabes zum Schaden des Deutschen Reiches handelt.

*

Ein republikanisches Triumvirat kündigt der frühere Reichskanzler und Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth für den Spätherbst in der „Frankf. Ztg.“ und dem „Berl. Tagbl.“ an. Dieser aktiven Führergruppe einer republikanischen Einheitsfront in Deutschland soll außer ihm selbst der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas und der sozialistische Reichstagspräsident Paul Loebe angehören.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Auszahlung der annullierten Ansiedler.

Wie uns von dem Bureau des Senators Hasbach in Poznań mitgeteilt wird, findet die Auszahlung der ersten 250 annullierten Ansiedler im Laufe der nächsten kommenden vier Wochen statt. Weitere 250 Ansiedler werden voraussichtlich Anfang Oktober ausbezahlt, und eine dritte Gruppe in derselben Zahl vor Jahresschluß.

Es wird gebeten, das Bureau durch Anfragen, diese Auszahlung betreffend, nicht zu belasten. Die Erledigung erfolgt nach der Reihenfolge der eingegangenen Unterlagen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 22. Juli.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa zeitweise aufklärendes Wetter an, ohne Erhöhung der Temperatur.

Eine gute Partie.

Eine Brombergerin hat eine Ehe geschlossen, die zweifellos nicht geringen Neid unter der heiratslustigen Weiblichkeit auslösen dürfte: Claire Dux hat sich mit Herrn Swift trauen lassen.

Claire Dux hat, nachdem sie Bromberg den Rücken gewandt hat, eine gewisse Berühmtheit als Sängerin erlangt. Aber Herr Swift? Der ist natürlich Amerikaner und soll überm großen Teich noch etwas bekannter als Claire Dux in Europa sein. Er ist der Fleischkonservenkönig, und die amerikanischen Schaufenster der Delikatessengeschäfte sind voll von „Swifts Premium“. Das ist der Stolz von Chicago. Wie Essen mit seinem Stahl, Finnland mit Nurmi, Frankreich mit seinem Frank, Braunschweig mit seinen Würsten, Schildberg mit seinem Wein, so renommiert Chicago mit den braun und zart geräucherten Schinken, mit „Swifts Premium“. Und „Swifts Francy Meats“ stehen nicht nach: In kleinen Konfektschachteln, mit Spitzen und Schleifchen, Schweinszunge, Leber, Brägen und andere Delikatessen.

Der Gemahl von Frau Swift ist also Fleischhausbesitzer. Eigentlich ist es eine Stadt für sich, die ihm gehört. Und der Betrieb der Stock Yards Union ist durchaus nicht mehr der „Sumpf“, mit dem Upton Sinclair einst eine ganze Welt erregte. Das unaufhörliche Massenmorden wird heute mit der größten Hygiene betrieben. So wie sich des alten Herrn Gustav J. Swifts Geschäft von der ersten mit 20 geliehenen Dollar angelegten Schweinefarm zu dem unübersehbaren Gelände dieser tausend Höfe, Ladeplätze, Fabriken und Eisenbahnstationen gewandelt hat, so ist auch der Tod der Tiere ein exakter und geschwind durchgeführter geworden, und vom Hineintrieb in das Messer bis zum vielfachen Verteilen der Innen- und Außenteile auf die Räucherkammern, Packabteilungen oder Gefrierräume verfließt nur wenig Zeit. Im letzten Jahr hat Swift drei Millionen Stück Rindvieh, acht Millionen Schweine, fünf Millionen Schafe und eine Million Kälber schlachten lassen. Das bedeutet, daß in den Räumen der Swiftschen Fabrik allein täglich 57 000 Tiere, also 120 in jeder Arbeitsminute, geschlachtet werden. Natürlich gehören zu der Stadt des Herrn Swift eine ganze Reihe Fabriken, die die einzelnen Produkte, wie Hörner, Fett, Felle usw. verarbeiten. —

Und über all das ist jetzt eine gebürtige Brombergerin Mitherrscherin geworden. Da kann man nur gratulieren.

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute bei Brahemünde + 3,86 Meter, bei Thorn + 1,98 Meter.

§ **Bromberger Schiffsverkehr.** Nach Bromberg kamen gestern vier unbeladene Oderkähne; nach der Weichsel gingen 11 beladene Kähne, ein Frachtdampfer, ein Boot und fünf Schleusenfüllungen Holz.

§ **Mißglücktes Gastspiel.** Aus Bendzyn waren drei Frauen, und zwar die 30jährige Marja Kępa, die 34jährige Kazimiera Budzisz und die 26jährige Helena Solek, nach Bromberg gekommen, um hier gemeinsam Ladendiebstähle auszuführen. Als sie sich im Geschäft bei Ferber in der Danzigerstraße befanden, versuchten sie einen Ballen Seide zu stehlen, wurden jedoch dabei ertappt und der Polizei übergeben, und mußten statt mit ihrer Beute nach Bendzyn, ohne diese in eine Bromberger Gefängniszelle wandern.

§ **Durch Unvorsichtigkeit in den Tod gegangen** ist der 29jährige Adam Herczyński, Bromberg, Schleusstraße 25 wohnhaft. Er war in den Munitionswerkstätten in Hoheneiche beschäftigt, verursachte durch unsachgemäße Behandlung einer Granate deren Explosion, wobei er selbst den Tod fand.

§ **Aus der Brahe gefischt** wurde in der Nähe der Schmidtkeschen Fabrik, Promenadenstraße, eine unbekannte Frau, die noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Sie wurde sofort ins Stadtkrankenhaus geschafft. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, steht noch nicht fest.

§ **Einem Taschendieb zum Opfer gefallen** ist ein gewisser Franz Krause aus Kruschwitz. In der Straßenbahn wurde ihm gestern eine Brieftasche mit 80 zł und Dokumenten von einem unerkannt gebliebenen Taschendieb gestohlen.

§ **Verhaftet** wurden sieben Diebe, zwei Trinker, ein Betrüger und zwei Personen, die gesuchte Einbrecher versteckt gehalten hatten.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Zjednoczenie Rodaków Byłego zaboru Rosyjskiego w. Bydgoszczy. Sonntag, 25. d. M., Strandausflug nach Scharnau. Abfahrt 7.59 Uhr nach Schulitz. Gäste willkommen. (5172

* * *

* **Birnbaum** (Międzychód), 20. Juli. Aus seinem Leserkreise wird dem „Stadt- und Landboten“ mitgeteilt, daß dieser Tage die Ehefrau eines im Starostwo zu Birnbaum beschäftigten Herrn mit Drillingen niedergekommen ist. Leider sind die kleinen Weltbürger nur wenige Stunden alt geworden.

* **Inowrocław**, 20. Juli. Selbstmord durch Erhängen verübte gestern auf dem Boden des Hauses Thornerstraße 13 der Arbeiter Franciszek Graczyk aus unbekannter Ursache.

Wirtschaftliche Rundschau.

Schließung der Żyrardower Werke.

Wie die „Gazeta Bydgoska“ meldet, sind gestern in den Nachmittagsstunden an den Mauern der Żyrardower Tuchfabriken Bekanntmachungen angeklebt worden, in denen allen Arbeitern und Beamten der Fabriken mit dem 2. August gekündigt wird. Das bedeutet, daß sich die Zahl der Arbeitslosen im Lande noch um etwa 6000 Personen vermehrt und die riesigen Werkstätten auf unbestimmte Zeit geschlossen bleiben. Als Grund obiger Maßnahmen gibt die Direktion und der Fabrikvorstand den negativen Standpunkt der Arbeiterdelegation in der Angelegenheit der Reorganisierung der Arbeit nach dem Muster der Lodzer Tuchindustrie an. Es geht darum, daß in den Spinnereien die bisherige Anzahl von Spindeln, die auf einen Arbeiter entfällt, von 124 auf 160 erhöht wird, während in den Webereien die Arbeit so reorganisiert werden soll, daß der Arbeiter in 3 bis 4 Werkstätten arbeitet, anstatt wie bisher in 2.

Weiteren Informationen zufolge hat der Vorstand der Żyrardower Werke im Juni den Lohn für die Arbeiter auf dieselbe Summe erhöht, wie sie in der Lodzer Tuchindustrie gezahlt wird, wobei er aber gleichfalls dieselbe Arbeitsleistung wie dort forderte. Die Verhandlungen, die in diesen Angelegenheiten zwischen den Vertretern der Fabrikvorstände und den Arbeiterdelegationen geführt wurden, führten zu keinem Resultat und wurden endgültig abgebrochen am Freitag der vergangenen Woche. Besondere Beachtung verdient, daß die Fabrikdirektion wohl eine Vergrößerung der Arbeitsleistung forderte, dennoch aber keinerlei Personalreduktionen durchzuführen gedenkt, weder bei den Arbeitern noch bei dem Büropersonal.

Die Ernteaussichten. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht des Statistischen Hauptamtes ergibt der polnische Saatenstand Ende Juni folgendes Bild (nach dem bekannten 5-Punktsystem, wobei 5 ausgezeichnet und 1 schlecht bedeutet): Winterweizen 3,7 (Ende Juni 1925 3,7), Winterroggen 3,2 (3,7), Wintergerste 3,5 (3,3), Sommerweizen 3,4 (2,9), Sommerroggen 2,1 (2,8), Sommergerste 3,3 (2,9), Hafer 3,4 (2,7), Klee 3,4 (3,1), Kartoffeln 3 (3,4), Zuckerrüben 2,9 (3 2), trockene Wiesen 3,4 (2,2), feuchte Niederungswiesen 3,1 (2,7), meliorierte Wiesen 3,7 (3,2), natürliche Weiden 3,2 (2,3), künstliche Weiden 3,5 (2,6). Danach dürften sich die Ernteergebnisse der Wintersaaten nicht so gut als im Vorjahre gestalten. Das Sommergetreide weist dagegen im Vergleich zum vorjährigen Saatenstand eine bedeutende Besserung auf. Auch Klee, Wiesen und Weiden werden voraussichtlich zufriedenstellende Ergebnisse zeitigen. Das Regenwetter der letzten Wochen und die Überschwemmungen haben allerdings in einzelnen Wojewodschaften, besonders in Lodz, Warschau, Krakau und Lemberg großen Schaden angerichtet, der in den obigen Ziffern noch nicht zum Ausdruck kommt. Man nimmt an, daß die diesjährige Ernte folgende Mengen erbringen wird: Weizen 1,5 Millionen Tonnen, Roggen 5,1 Mill. To., Gerste 1,5 Mill. To., Hafer 3,1 Mill. To. Eine gute Ernte wird vor allem im Posener Gebiet, in Pommerellen, in Oberschlesien, ferner in den Wojewodschaften Lublin und Bialystok sowie im Osten erwartet. Die Heuernte hat bereits überall begonnen und verspricht wesentlich besser zu werden als im Jahre 1925. Der Stand der Hackfrüchte wird gegenwärtig als mittel bzw. untermittel bezeichnet.

Polens Staatsschulden. Die inneren Staatsschulden beliefen sich am 1. Juli auf 9 Milliarden Polenmark (gegenüber 14 337 405 292 Mp am 1. Juli 1925), 180 Millionen zł (89,8 Mill. zł), 44 Millionen Goldfr. (47,3 Mill. Goldfr.), 3 390 000 Dollar (2 670 910 Dollar) und 74 Millionen Złoty unverzinsliche Barschuld (75 Mill. zł). Die Auslandsschulden setzen sich zusammen aus 233 Millionen Dollar an Amerika (237,3 Mill. Dollar), 1 Milliarde Franken an Frankreich (957,1 Millionen Fr.), 4 880 000 Pfd. Sterl. an England (4 922 036 Pfd. Sterl.), 465 Millionen Lire an Italien (478 Mill. Lire), 8 613 000 Gulden an die Niederlande (8 617 508 Gulden), 20 163 000 norwegische Kronen und 1448 Pfd. Sterl. an Norwegen (20 320 000 Kronen und 1500 Pfd. Sterl.), 426 000 dänische Kronen (430 000 Kr.), 6 259 000 schwedische Kronen an Schweden (6 532 144 Kr.), 89 000 Franken an die Schweiz (90 000 Fr.). Hierzu tritt noch die Schuld aus dem Innsbrucker Protokoll im Betrage von 66 Millionen österreichischen Gulden und 22 Millionen Goldkronen. Die Verschuldung in Bilon beläuft sich auf 460 Millionen Złoty. Außerdem hat der Staat finanzielle Garantien an Städte sowie Privatgesellschaften und Vereinigungen und Besitzer von Wertpapieren polnischer und ausländischer Valuta verteilt.

Die Verpflanzung von Lodzer Textilfabriken. In diesen Tagen geht die vollständige Einrichtung der Spitzenfabrik von T. Bialer nach Rumänien ab, die nach Galatz übersiedelt. Bialer hat sich mit zwei rumänischen Kapitalisten in Verbindung gesetzt, die die Errichtung der Fabrik in Rumänien finanzieren. Die Einfuhrgenehmigung ist ausnahmsweise erteilt worden. — Die Maschinen der Wollwarenfabrik von Horak u. Wenske sind bereits nach Südslawien abgegangen. Wie bekannt, hatte sich die Firma um die Ausfuhr der Maschinen nach Rumänien vergeblich bemüht. Mit Hilfe dieser Maschinen wird in Lubliniec eine neue Fabrik errichtet.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 22. Juli auf 6,1105 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 21. Juli. Danzig: Złoty 56,55—56,70, bar 56,68—56,82, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,03—46,27 oder Kattowitz 46,03—46,27 bar 45,91—46,39, London: Ueberweisung 45,50, Wien: Ueberweisung 76,25—76,75, bar 76,77, Prag: Ueberweisung 368—374, bar 363,50—366,50, Zürich: Ueberweisung 56,50, Bukarest bar 2400, Czernowitz: bar 2450, Budapest: bar 7,650—7,950.

Warschauer Börse vom 21. Juli. Umsätze. Verkauf — Kauf: Belgien —,—, —,— —,—, Holland 368,85, 369,77—367,93, London 44,85½-44,61, 44,72—44,50, Neuyork 9,20-9,15, 9,17—9,13, Paris 19,90-19,72½, 19,77—19,68, Prag 27,30-27,16, 27,33—27,05, Schweiz 178,57½-177,60, 178,04—177,16, Italien 30,00-29,80, 29,87—29,73.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 20. Juli Geld	Brief	In Reichsmark 19. Juli Geld	Brief
—	Buenos-Aires 1 Pes.	1.707	1.711	1.706	1.710
—	Kanada . . 1 Dollar	4.198	4.208	4.198	4.208
7.3%	Japan . . . . 1 Yen.	1.981	1.985	1.978	1.982
—	Konstantin. 1 trk. Pfd.	2.32	2.33	2.315	2.325
5%	London 1 Pfd. Strl.	20.407	20.459	20.403	20.455
3,5%	Neuyork . . 1 Dollar	4.195	4.205	4.195	4.205
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.653	0.665	0.657	0.659
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.195	4.205	4.225	4.235
3.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.70	169.12	168.67	169.09
10%	Athen	5.09	5.11	5.09	5.11
7%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	10.553	9.48	9.61	9.65
6,5%	Danzig . . 100 Guld.	81.37	81.57	81.37	81.57
7.5%	Helsingfors 100 fi. M.	10.553	10.593	10.55	10.57
7%	Italien . . 100 Lira	13.48	13.52	14.04	14.03
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.412	7.432	7.41	7.43
5%	Kopenhagen 100 Kr.	111.21	111.49	111.21	111.59
9%	Lissabon . 100 Elsc.	21.405	21.455	21.405	21.455
5.5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	92.03	92.27	91.98	92.22
6%	Paris . . . 100 Frc.	8.58	8.62	8.975	9.015
6%	Prag . . . . 100 Kr.	12.423	12.463	12.423	12.463
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	81.20	81.40	81.19	81.39
10%	Sofia . . . . 100 Leva	3.04	3.05	3.04	3.05
5%	Spanien . . 100 Pes.	65.73	65.94	65.92	66.08
4.5%	Stockholm . 100 Kr.	112.33	112.61	112.34	112.62
7.5%	Wien . . . . 100 Sch.	59.31	59.45	59.33	59.47
7%	Budapest 100000 Kr.	5.868	5.888	5.865	5.885
10%	Warschau . . 100 Zł.	45.73	45.97	45.78	46.02

Diskontsatz der Reichsbank 6 Prozent.

Von der Warschauer Börse. Warschau, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Dollarkurs wurde auf der offiziellen Börse heute herabgesetzt, und zwar auf 9,12 im Verkauf und 9,08 zł im Ankauf. Infolgedessen waren sämtliche Devisen schwach. Der gesamte Devisenumsatz stellte sich auf 100 000 Dollar, hiervon deckte die Bank Polski die Hälfte, den Rest Privatbanken. Im außerbörslichen Verkehr wurden für den Dollar weniger gezahlt als auf der offiziellen Börse, und zwar 9,09. Der Goldrubel stellte sich auf 4,70. Von staatlichen Anleihen lag die 5prozentige Konversionsanleihe etwas fester als gestern. Pfandbriefe und Aktien lagen etwas fester. Die Aktien der Bank Polski fielen von 83 auf 76, Warsz. Kopaln i Wengla von 66 auf 64, Cegielski von 9 auf 8,50, Lilpop von 0,83 auf 0,76, Modrzejow von 3,45 auf 2,96, Ostrowiecki von 6,25 auf 6,00, Rudzki von 1,17 auf 1,10, Żyrardow von 11 auf 10,25.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 20. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert für Banknoten: 100 Reichrmark 122,497 Gd., 122,803 Br. 100 Złoty 56,28 Gd., 56,42 Br., 1 amerik. Dollar 5,1310 Gd., 5,1440 Br., Scheck London 25,05 Gd., 25 06 Br., Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterl. 25,06 Gd., —,— Br., Berlin 100 Reichsmark 122,497 Gd., 122,803 Br., Neuyork 1 Dollar 5,1447 Gd., 5,1578 Br., Holland 100 Gulden 206,81 Gd., 207,34 Br., Zürich 100 Fr. 99,62 Gd., 99,88 Br., Paris 100 Fr. —,— Gd. —,— Br., Brüssel 100 Fr. —,— Gd., —,— Br., Helsingfors 100 finn. M. —,— Gd., —,— Br., Stockholm 100 Kr. —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen 100 Kr. —,— Gd., —,— Br., Oslo 100 Kronen —,— Gd., —,— Br., Warschau 100 Zł. 56,23 Gd., 56,37 Br.

Züricher Börse vom 21. Juli. (Amtlich.) Neuyork 5,16½, London 25,12⅞, Paris 11,10, Wien 7300, Prag 15,30, Italien 16,85, Belgien 11,65, Budapest 72,30, Helsingfors 130,25, Sofia 373¼, Holland 207,75, Oslo 11,335, Stockholm 81,15, Spanien —,— Buenos Aires 210½, Bukarest 2,41¼, Athen 6,25, Berlin 122,95, Belgrad 9,12, Kopenhagen 136,95, Tokio 2,43¾ Konstantinopel 2,86¼, Japan —,—.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 9,00 Zł., do. kl. Scheine —,— Zł., 1 Pfd. Sterling 44,00 Zł., 100 franz. Franken 18,60 Zł. 100 Schweizer Franken 175,15 Zł., 100 deutsche Mark 215,40 Zł., Danziger Gulden 174,60 Zł., österr. Schilling 127,85 Zł. tschech. Krone 26,75 Złoty.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 21. Juli. Wertpapiere und Obligationen: 4proz. Pos. Pfandbr. alt 33,00. 6proz. listy zboż. (exkl. Kupon) 7,99—8,10. 8proz. dolar. listy (exkl. Kupon) 5,50. — Bankaktien: Bk. Sp. Zar. 1.—11. Em. 4,65—5,00. — Industrieaktien: Arkona 1.—5. Em. 1,50. C. Hartwig 1.—7. Em. 11,00. Dr. R. May 1.—5. Em. 29,00. Sp. Drzewna 1.—7. Em. 0,25. Unja 1.—3. Em. 4,60—4,70. Wag. Ostrowo 1.—4. Em. 1,20. Wisła, Bydg. 1.—3. Em. 4,25. Wytw. Chem. 1.—6. Em. 0,50. Fabr. Wyr. Ceram., Krotosz.-Przysieka 1.—2. Em. 0,75. — Tendenz: Fest.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. Juli. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty: Weizen 35,00—37,00, Roggen (alt.) 23,50—24,50, Weizenmehl (65% inkl. Säcke) 55,00—58,00, Roggenmehl 1. Sorte (70% inkl. Säcke) 38,00, do. (65% inkl. Säcke) 39,00, Braugerste 25,50—27,50, Wintergerste 23,00—24,00, Hafer 29,00—30,00, Roggenkleie 18,50—19,50. — Tendenz: nicht einheitlich.

Getreide. Warschau, 21. Juli. Bei den heutigen privaten Transaktionen machte sich im allgemeinen eine große Unlust zu sofortigem Warenankauf bemerkbar, was wohl in erster Linie auf die Feldarbeiten zurückzuführen ist. Die Produzenten legten weniger Wert auf die Zahlungsbedingungen und erklärten sich gern mit einem 2—3wöchigen Termin einverstanden, oder sie erhöhten die Preise für Lieferungen in 2 bis 3 Tagen um 0,50 bis 0,75 zł je 100 Kg. Schließlich nutzten die Exporteure die Situation aus, die in der gegenwärtigen Vorerntezeit im Auslande erheblich höhere Preise, bis zu 3,60 Dollar, erlangen. Von ihnen wurde jeder geforderte Preis gezahlt. Sowohl für Hafer und Gerste wie auch für Roggen muß bei Ausfuhr ein Betrag von nur 3 Dollar für den 15 Tonnen-Waggon bezahlt werden, was für die Exporteure bei den gegenwärtigen hohen Auslandspreisen tatsächlich eine „Ernte“ bedeutet. Es wurden notiert für 100 Kg. franko Verladestation: Roggen (alter) 23,00—23,80 zł, Weizen, volles Standartgewicht 37,50; grobe Gerste 28, Futtergerste 26—27, Braugerste 25, Roggenkleie 18—19 zł.

Danziger Produktenbericht vom 20. Juli. (Amtlich.) Preis pro Ztr. in Danz. Gulden. Weizen flau 12,00— — — do. geringer —,—, Roggen 8,50—8,625 Futtergerste 9,00—9,25, Braugerste 9,25—9,50, Wintergerste 8,50—8,70, Hafer 9,00—9,50, do. gelber —,—, kleine Erbsen —,— bis —,—, Viktoriaerbsen — bis —, grüne Erbsen —,—, Roggenkleie 6,00—6,50, Weizenkleie grobe 6,25 bis 6,75, Rübsen 22,00,—22,25. Großhandelspreise per 50 Kilogr. waggonfrei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 20. Juli. Amtliche Produktennotierungen per 1000 kg in Mark ab Stationen. Weizen Lieferung Juli 307,50—308, Sept. 271—270,50, Oktober 271—271,50 nud Geld, Tendenz behauptet, Roggen, märk. alter und neuer 187—191, Juli 207—208, Sept. 203,50—204, Okt. 205,50—205,25, befestigt, Sommergerste 195—208, neue Wintergerste 149—160 behauptet. Hafer, märkischer 197—206, ruhig, Mais loko Berlin 176—180, behauptet.

Weizenmehl per 100 Kg. 38—40, ruhig, Roggenmehl 27—28.50, ruhig, Weizenkleie 10,50, behauptet, Roggenkleie 11,40—11,50, behauptet, Raps per 1000 Kg. 360, still.

Viktoriaerbsen für 100 Kg. 33—38, kleine Speiseerbsen 28—32, Futtererbsen 21—26, Peluschken 26,00—28,50, Ackerbohnen 23—26, Wicken 32,00—34,50, blaue Lupinen 15,00—16,50, gelbe Lupinen 19 bis 21,00, Rapskuchen 14,60—14,80, Leinkuchen 19,50—19,80, Trockenschnitzel prompt 10,70—11,00, Sojaschrot 20,40—20,70, Kartoffelflocken 21,00—22,00.

Amtl. Heu- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) per 50 Kg. Roggenstroh drahtgepreßt 1,25—1,75, Haferstroh do. 1,10—1,55, Gerstenstroh drahtgepreßt neu, 0,90—1,30 Weizenstroh drathgepreßt, 1,20—1,65, Roggenlangstroh 1,65—2,00, Roggen- u. Weizenstroh, bindfadengepr. 1,30—1,70, Häcksel 2,10—2,40, Heu handelsüblich, neu 2,70—3,10, Mielitzheu, lose, neu, 3,50—4,00.

Materialienmarkt.

Kohle. Das Ministerium für Handel und Industrie gibt folgendes bekannt: Die kategorische Forderung der Regierung auf Herabsetzung des Preises für oberschlesische Kohle im Verkauf auf den Inlandsmärkten ist schließlich nach längeren Verhandlungen von der Kohlenkonvention angenommen worden, und zwar in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Ministeriums für Handel und Industrie. Die bisherigen Preise sind ab 20. Juli d. J. auf folgende herabgesetzt: Nußkohle 1 32,60 zł, Nußkohle 2 27,60, Erbsenkohle 21,30, kleine Kohle (0,70) 21,20, kleine Kohle (0,40) 18,00, Staubkohle 11,10. Für die Eisenbahnen und staatlichen Institutionen bleiben die Preise vom Mai unverändert bestehen. Falls im Juni bereits eine 17,5prozentige Erhöhung eingetreten ist, so ermäßigt sich diese auf 7,5 Prozent.

Bleche. Bromberg, 21. Juli. Großhandelspreise loko Lager in Bromberg für 1 Kilogramm: Messingblech 0,25 bis 0,50 Millimeter), 5,75; (0,50—1 mm) 5,50; 1 Millimeter) 5,30; Kupferblech (0,25—0,50 Millimeter) 6,35; (0,50—1 Millimeter) 6,10; (von 1 Millimeter ab) 5,90. Kupferdraht (1 bis 3 Millimeter) 6; (3 bis 6 Millimeter) 5,60. Messingdraht (1—3 Millimeter) 5,50; (3—6 Millimeter) 5,30 zł. — Tendenz: anhaltend.

Leder. Bromberg, 21. Juli. Großhandelspreise loko Lager Bromberg: Chrom-Boxkalf Oberleder 1. Gattung 2,30 zł; 2. Gattung 2 zł der Fuß, Sohlenleder das Kg. 1. Gattung 9,50; 2. Gattung 9 bis 8,40; Lackleder „Freudenberg“ der Fuß 60 Cent, „Sterling 65 Cent, inländisches Lackleder 60—55 Zent; Fahlleder, inländisches das Kg. 11 zł, Kalbsleder der Fuß 2,50, Chevreau 1. Gattung 45 Cent, 2. Gattung 35 Cent. — Tendenz: Schwach.

Berliner Metallbörse vom 20. Juli. Preis für 100 kg in Gold-Mark. Hüttenrohzink (fr. Verkehr) 68,50—69,50, Remalted Plattenzink 60,00—61,00, Originalh.-Alum. (98—99%) in Blöcken Walz- oder Drahtb. 2,30—2,35, do. in Walz- oder Drahtb. (99%) 2,40—2,50, Hüttenzinn (mindestens 99%) —, Reinnickel (98—90%) 3,40—3,50, Antimon (Regulus) 1,05—1,10 Silber i. Barr. f. 1 kg 900 fein 88,75—89,75.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 21. Juli in Krakau — — — (90), Zawichost + — (1,53), Warschau + — (1,75), Plock + 1,41 (1,49), Thorn + 1,81 (2,01), Fordon + 1,92 (2,10), Culm + 1,86 (2,04), Graudenz + 2,24 (2,36), Kurzebrak + 2,67 (2,72), Montau + 2,08 (2,10), Piekel + 2,07 (2,08), Dirschau + 2,00 (1,96), Einlage + 2,26 (2,18), Schiewenhorst + 2,48 (2,36) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Städtische Gasanstalt.

Dem verehrlichen Publikum zur gefälligen Kenntnis, daß wir infolge günstiger Transaktionen mit Auslandswaren in der Lage sind, die Preise für Auslandsartikel, wie Badeöfen, Wasserwärmeapparate, Zimmer-Heizöfchen, Gasküchen aller Art, Lampen usw. bedeutend zu ermäßigen. Wir empfehlen daher, die niedrigen Preise und die günstigen Zahlungsbedingungen wahrzunehmen. (8679

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 134.

Renate Brigitte

Unser Jürgen hat ein Schwesterchen bekommen. 5190

Kurt Eigner
u. Frau geb. Krasnowolska.

Bydgoszcz, den 22. Juli 1926.

Das Begräbnis unseres lieben Verstorbenen, des 5189

Fleischermeisters

Carl Choinski

findet am Freitag, den 23. d. Mts., nachm. 5½ Uhr, von der Leichenhalle des alten evangel. Friedhofes aus statt, wovon alle Verwandten, Freunde und Bekannten in tiefem Schmerz benachrichtigt

Im Namen der Famlie
Artur Reißmüller.

Von der Reise zurück
Auguste Senger,
Dentistin 5187
ulica Dworcowa 13.

Meine Wohnung
befindet sich v. 1. Aug. ab im Hause d. Geschw. **Hundsdorf,**
Markt 5, I
(in der Nähe der Bank Powiatowy). 8667

M. Bleja,
Bezirkshebamme
Nowe (Pomorze).

Damenkleider, eleg. u. sauber 8 zł, Kinderkleid. 3 zł fertigt an **Micheieff,** Pomorska 42, 1 Tr. 5154

Geübte Wäschenäherin
empfiehlt sich außer d. Hause und auswärts.
F. Rentz, 5160
Okole, Sląska 9.

Nachruf.

Am Montag, den 19. d. Mts. verschied nach schweren Leiden unser lieber Kollege, der

Fleischermeister

Carl Choinski

Der Verstorbene hat durch geraden Sinn und offenen Charakter stets die Interessen unseres Gewerbes hochgehalten.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung erfolgt am Freitag, d. 23. d. M., nachm. 5½ Uhr von der Leichenhalle des alten evang. Friedhofes. 5191

Die Kollegen wollen hierzu vollzählig erscheinen.

Der Vorstand
der Bromberger Fleischer-Innung.
J. A.
Rudolf Sommer.

Dankſagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem so plötzlichen Heimgange meiner innigstgeliebten, unvergeßlichen Frau, unserer herzensguten Mutter, sowie für die überaus vielen u. kostbaren Kränze u. Blumen, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere aber Herrn Pfarrer **Triebel,** Lochowo, für die trostreichen Worte am Sarge u. Grabe unseren **tiefgefühltesten Dank.** 5185

Reinhold Schmidt und Kinder.

Lisiogon (Steinholz), den 22. Juli 1926.

---

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 165.

Bromberg, Freitag den 23. Juli 1926.

Pommerellen

Jagoda zum Tode verurteilt.

Dienstag mittag um 1 Uhr wurde das Urteil gegen den Mörder Jagoda, der in der Nacht zum 1. August vorigen Jahres seinen Kollegen, den Polizisten Szymczak, während der Ausübung des Dienstes im Konitzer Finanzamt ermordete, gefällt.

Nach den Plädoyers des Staatsanwalts Żelazny und des Verteidigers Radwański, der den Angeklagten als einen degenerierten Menschen hinstellte, der für seine Tat, die er übrigens doch gar nicht eingestanden habe, nicht verantwortlich gemacht werden könne, ergriff Jagoda das Wort und bat um ein möglichst mildes Urteil. Der Staatsanwalt hatte Todesurteil und zwei Jahre Zuchthaus beantragt, der Verteidiger Freisprechung. Der Vorsitzende des Gerichtshofes verkündete, nachdem sich das Gericht nach halbstündiger Beratung zurückgezogen hatte, folgendes Urteil:

Jagoda wird wegen Mordes zum Tode verurteilt, wegen versuchten Raubes im Finanzamt zu 1 Jahr Zuchthaus, ferner zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Der zum Tode Verurteilte nahm das Urteil weinend auf, während Frau Jagoda erblaßte. Wie das „Konitzer Tagebl." erfährt, hat der Verteidiger Rechtsanwalt Radwański Berufung eingelegt.

22. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Die Weichsel** zeigt kein weiteres Fallen. Das Wasser ist vielmehr etwas gestiegen. Am Dienstag kam ein Hinterraddampfer stromab. Er hatte drei Fahrzeuge im Schlepp und nahm von hier ein viertes mit. Im Schulzschen Hafen liegt der Dampfer „Courier". Das mit Getreide beladene Fahrzeug wurde nach Danzig geschleppt. *

□ **Der letzte Wochenmarkt** war gut beschickt. Es waren nur Kartoffeln wenig vorhanden. Leider sind einzelne Preise wieder ganz wesentlich in die Höhe gegangen. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2.70, Eier 2,30, Kartoffeln 8.00—10,00, frische Zwiebeln 0.40. Gemüse kostete: Radieschen 0,10. Kohlrabi 0.20 pro Bund, Weißkohl 0,20, Wachsbohnen 0,25, grüne Bohnen 0,15, Mohrrüben 0,10, Erbsschoten 0,15 pro Pfund, Gurken 0,08—0,20, Salat 0,10, Blumenkohl 0,10—0,50 pro Stück, Stachelbeeren 0,60—1,00. Himbeeren 1,00, Johannisbeeren 0.35, Süßkirschen 1,00—1,20, Sauerkirschen 0.80 pro Pfund, Blaubeeren 0,40—0,50, Pilze (Rehfüßchen) 0,30 pro Liter. Die Zufuhr an Schnittblumen und blühenden Pflanzen wird geringer. Der Fischmarkt war nicht stark beschickt. Es wurden folgende Preise gezahlt: Aal 2,00—2,20, kleine Aale 0.90—1.00. Hecht 1,50. Schleie 1,50, Karauschen 1.00—1,30. Barsche 1,00, Bressen 0,80—1,30, Plötz 0,40—0,80. Der Geflügelmarkt zeigt Junggeflügel. Man kaufte junge Hühner mit 2,50—5,00, junge Tauben mit 2,00 pro Paar und junge Enten mit 5,00, Suppenhühner mit 4,00 bis 5,00 pro Stück. Der Fleischmarkt ist schwach beschickt. Es wurden folgende Preise gezahlt: Schweinefleisch 1,60, Rindfleisch 1,20. Hammelfleisch 1,10. Kalbfleisch 1,00, Speck 1,80, Schmalz 2,80. Talg 2,00. Die kleine Einspännerfuhre Spaltholz kostete 8,00—10,00, das Pfund Honig 2,00. *

□ **Der Mittwoch-Schweinemarkt** war etwas schwach beschickt. Es waren aber Schweine jeden Alters vorhanden. Läufer waren auch ausreichend vorhanden. Man verlangte für das Paar Absatzferkel 70—90, war aber schon mit 65 zufrieden. Nur ganz vereinzelt wurden höhere Preise angelegt. Bei Läufern macht sich eine wesentliche Preisänderung nicht bemerkbar. Fettschweine sind etwas in die Höhe gegangen. Die Massenschlachtungen im hiesigen Schlachthaus zum Export nach England halten an. Es werden in der Woche im Durchschnitt 700—800 Schweine geschlachtet. Man zahlt für gute Schweine bereits wieder über 100 zł pro Zentner. *

i. **Gewitterregen.** Am Dienstag kühlte ein starker Gewitterregen die überhitzte Natur ab. Es erschallte die Sirene der Feuerwehr und zwei Löschwagen, darunter der Autozug, eilten zur Meldestelle. Schon nach kurzer Zeit kamen die Löschmannschaften zur Hauptfeuerwache zurück. *

* **Ein Mordprozeß** fand vor dem hiesigen Bezirksgericht statt. Es handelte sich um die (s. Zt. mitgeteilte) in der Nacht zum 14. November 1924 erfolgte Ermordung des Restaurateurs Strehlau in Terespol und seines Stiefsohnes Lauterborn. Angeklagt waren die Arbeiter Stanisław Lendzon und Feliks Marcinkowski. Sie sind s. Zt. in das Gasthaus eingebrochen und haben den Wirt St. nebst Stiefsohn auf bestialische Weise umgebracht. Erst nach neun Monaten wurden die Mörder ermittelt. Sie bestritten in der Verhandlung, in der 52 Zeugen vernommen wurden, ihre Schuld. Das Gericht verurteilte auf Grund des Verhandlungsergebnisses die Täter zu lebenslänglichem Zuchthaus. *

Thorn (Toruń).

—dt **Von der Weichsel.** Das Verladen der Kohle geht jetzt wieder flink vonstatten, nachdem wieder genügend leere Kohlenkähne beschafft wurden. Am vergangenen Dienstag brachten die Schlepper „Lubecki" und „Wanda" (Danzig) eine größere Anzahl leerer Kähne, „Kołątaj" ging stromauf mit zwei beladenen Kähnen. -- Der gestürzte Hebekran ist bereits soweit gehoben, daß er schon aus dem Wasser hervorragt. Die Hebearbeit geht sehr langsam vorwärts, da an dieser Stelle eine gewaltige Strömung ist. Das Wasser fällt wieder etwas. **

—* **Als Innungsmeister** für die Schornsteinfegerinnung Thorn wurde Herr L. Würtz-Gollub, zur Examenkommission Kiljan-Mocker gewählt. **

—* **Der Streik** im städtischen Elektrizitäts- und Gaswerk ist endgültig beigelegt worden. Sämtliche Streikenden sind zur Arbeit zurückgekehrt. Von den streikenden Bürobeamten ist keiner wieder eingestellt worden. Seit vergangenem Montag verkehren die Straßenbahnen auf allen Linien mit 15 Minuten Unterbrechung, der 7-Minutenverkehr soll aber schon von nächster Woche an wieder eingeführt werden. Auch der Autobusverkehr nach dem Hauptbahnhof ist wieder aufgenommen worden. In der Gas- und Stromerzeugung war keine Unterbrechung eingetreten. **

—* **Infolge Herzschlags** ertrank am vergangenen Montag in der Badeanstalt auf „Wieses Kämpe" der 24jährige Jan Duda. Es ist dieses das achte Badeopfer in diesem Jahre. **

* **Eisenbahnunglück.** In Lowicz ist am Dienstag um 6.30 Uhr abends der Personenzug Nr. 412, der zwischen Thorn und Warschau verkehrt, entgleist. Die Ursache des Unfalls war schlechte Weichenstellung. Leichtere Verletzungen haben nur einige Passagiere erlitten, die in einem Wagen fuhren, der umgestürzt ist. **

—* **Scheuende Pferde.** Am vergangenen Dienstag scheuten zwei Pferde eines Bauerngespanns und rasten die Breitestraße entlang zum Altstädtischen Markt. An den großen Barrieresteinen vor dem Coppernikus-Denkmal verfing sich die Deichsel und eines der Pferde kam zu Fall, wodurch das Gefährt zum Halten kam und weiteres Unglück verhindert wurde. — Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß Wagenbesitzer in den Hauptstraßen nie ihr Gefährt ohne Aufsicht belassen, da sie sich sonst strafbar machen. **

h. **Strasburg** (Brodnica), 20. Juli. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden hier folgende Getreidepreise gezahlt: Weizen 16, Roggen 12, Gerste 12, Hafer 13 Złoty (Zentner). Mastschweine kosteten 98 Złoty pro Zentner Lebendgewicht, das Paar Absatzferkel 80 Złoty. — Die Beeren- und Pilzernte ist dieses Jahr, dank der vielen Regenfälle gut ausgefallen und liefert außergewöhnliche Erträge. — Im Wahlbezirk Nr. 4 Zbiczno finden Neuwahlen zum Kreistag (Sejmik Powiatowy) statt. Aufgestellt sind sechs Listen. Die deutsche Liste hat die Nummer 3 erhalten. Auf ihr sind folgende Kandidaten verzeichnet: Landwirt Max Goertz-Lemberg (Lembarg), Landwirt Wilhelm Peter-Konojad (Konojady), Landwirt Jakob Kastner-Brudzaw (Brudzawy). Landwirt Alfred Fagin-Zbiczno, Landwirt Ewald Schielke-Bukówiec, Landwirt Ernst Ruschke-Karben (Karbowo), Landwirt Karl Senkbeil-Godziszko und Schmied Julius Kubalski-Konojad (Konojady). Gewählt wird am Sonntag, 8. August, von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends. Wahllokale sind in den Schulen zu Lemberg, Konojad, Góral, Sumówko, Karbowo (Dorf) und im Gasthause Dejewski in Zbiczno eingerichtet. Deutsche Wähler und Wählerinnen, vergeßt nicht am Stichtage an der Wahlurne zu erscheinen! Es ist eure Pflicht!

* **Vandsburg** (Więcbork), 21. Juli. Am vergangenen Sonnabend sind zwei junge Menschen beim Baden im Vandsburger See ertrunken, und zwar die beiden 19 Jahre alten Tischlerlehrlinge Walter Bigalke aus Güntergost, Kr. Wirsitz, und Otto Heise aus Tonnin, ebenfalls Kr. Wirsitz. Beide waren des Schwimmens unkundig oder nur schlechte Schwimmer. B. geriet nun an eine tiefe Stelle und begann laut um Hilfe zu schreien. Sein Freund eilte herzu und wurde von dem Ertrinkenden mit in die Tiefe gezogen. Am Sonntag morgen um 4 Uhr konnten beide Leichen geborgen werden.

Freie Stadt Danzig.

* **Zoppot**, 21. Juli. Der dritte Julirenntag verlief bei herrlichstem Sommerwetter, bei gut besetzten Feldern und befriedigendem Besuch ausgezeichnet. Es konnten diesmal polnische Pferde, die die Tage vorher nichts gewonnen hatten, zwei Rennen auf ihr Konto buchen. — Der Danziger Reiterverein e. V. kann mit voller Befriedigung auf seine drei Renntage, von denen die ersten beiden in die bekannte Zoppoter Sportwoche fielen, zurückblicken. Es wurde sportlich Hervorragendes geleistet. So stark besetzte und gut gelaufene Rennen sind in Zoppot lange nicht gesehen worden. Von den 20 Rennen der drei Tage fielen acht an deutsche Ställe, darunter allein vier an den Stall O. v. Mitzlaff, sieben an Danziger Ställe und fünf an Ställe aus Polen. Von letzteren gewann Gloriette, gezogen vom Grafen Alvensleben aus Ostrometzko, drei Rennen. Ihre Halbschwester Mobile gewann eins und die in Deutschland gezogene Importe ebenfalls ein Rennen. Herr von Lewinski siegte viermal, Herr H. Bartels und Herr von Sosnowski je zweimal, Jockey R. Rose aus Königsberg dreimal. Das Pferdematerial, das sich diesmal auf dem internationalen Platz in Zoppot traf, konnte als über den Durchschnitt stehend angesprochen werden. Von Vollblütern nennen wir Fateider, Columbus, Maral, Ahasver, Hollunder, Hingebung, Gloriette, von Halbblütern die Siegerin im „Großen Preis von Zoppot" Preußenburg und den guten vierjährigen Füsilier. — Leider ist der pekuniäre Erfolg nicht der gewünschte gewesen. Die erheblichen Transportunkosten und sonstigen Unkosten, sowie die beiden von ungünstigem Wetter beeinflußten Renntage der Sportwoche, haben dazu beigetragen, die Kassen des Vereins nicht in dem gewünschten Maße zu füllen. Der Verein hat sich daher gezwungen gesehen, eine größere Verlosung am 15. und 16. August zu veranstalten, die hoffentlich den gewünschten Erfolg bringen wird.

Militärarzt und Holzlieferungen.

Der Prozeß gegen Dr. Zemke in Konitz.

(Von unserem Spezialberichterstatter.)

Der sechste Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung gibt der Vorsitzende bekannt, daß in der Zwischenzeit von Zemke ein Telegramm eingelaufen sei, in dem der Angeklagte die Vernehmung des Zeugen Schuhmacher, eines Eisenbahnbeamten aus Czersk fordert, und zwar daraufhin, daß Kelch noch vor seiner Ausweisung aus Polen dem Zeugen Schuhmacher erklärt habe, er selbst führe alle Geschäfte Zemkes und nicht der Angeklagte Zemke. — Der Staatsanwalt ist gegen die Einberufung dieses Zeugen. Daraufhin erklärte der Vorsitzende, daß nach der Feststellung der Insterburger Adresse Kelchs vom Polizeipräsidium Insterburg ein Telegramm eingegangen sei, wonach Kelch augenblicklich nach Erfurt verzogen ist, wo er als in der Blumenstraße wohnhaft bezeichnet wird. — Der Verteidiger fordert, Kelch trotz alledem zu vernehmen. Der Staatsanwalt ist wiederum gegen die Vernehmung Kelchs.

Darauf legt der Vorsitzende dem Angeklagten nahe, nicht zu einer abermaligen Verschleppung Anlaß zu geben und erinnert daran, daß er in keiner der drei vorangegangenen Verhandlungen seit dem Jahre 1926 Kelch erwähnt habe. Als nun das Gericht zur Beratung schreiten will, bittet Zemke, die Sache nicht noch einmal zu vertagen.

Nach der Beratung gibt der Vorsitzende folgenden Gerichtsbeschluß bekannt:

Der Gerichtshof hat beschlossen, die Anklage wegen der Aneignung von Brennholz durch Zemke zu ungunsten der Militärbehörde zu vertagen, da dieselbe durch eine Aussage Kelchs einer eventuellen Ergänzung unterliegen könnte. Ebenso muß also die Anklage gegen Rosiński wegen Hehlerei des so veruntreuten Holzes in Fällen, die diese Anklageschrift enthält, aufrecht erhalten und vertagt werden. Die weitere Verhandlung in diesen Sachen, die eigentlich bisher die Hauptanklage darstellt, muß also bis zur Vernehmung Kelchs vertagt werden. Die anderen Anschuldigungen jedoch gegen Rosiński und Pogoda wegen der Verbrennung von Gerichtsakten und der Annahme von Geschenken dafür, wie auch der Hehlerei, ebenso die Anklage gegen Zemke wegen Bestechungsversuchs der Angeklagten Pogoda und Rosiński und Betrügens der Behörden bei der Erreichung von billigerem Nutzholz, ebenso die Anklage wegen Spekulation mit diesem Holz müßten, da sie nichts mit der Vernehmung

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 25. Juli 26. (8. n. Trinitatis).

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.
Neust. evang. Kirche. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst.
Evangl.-luth. Kirche. Bachestraße 8 (Strumykowa). Vorm. ½10 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahl. Beichte ¼10 Uhr, Pfr. Brauner.
Rudak-Stewken. Vm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.
Rentschkau. Vorm. 10 Gottesdienst. Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Hohenhausen. Vorm. 8 Uhr Gottesdienst.
Lulkau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Kirchenzettel.

Sonntag, den 25. Juli 26. (8. n. Trinitatis).

Schönsee. Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdst. Nchm. 2 Uhr Kindergottesdienst.
Osterbitz. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdst. Nchm. 3 Uhr Jünglingsverein.

Kelchs gemein haben, weiter geführt werden. In diesen Sachen also wird die Beweisführung geschlossen. —

Der Vorsitzende fragt die Angeklagten, den Verteidiger und den Staatsanwalt, ob sie darüber etwas zu erklären hätten. Der Verteidiger und die Angeklagten bitten um Freispruch. Der Staatsanwalt äußert sich darüber nicht.

Hierauf schritt der Gerichtshof zur Beratung über das Urteil.

Nach der Beratung gibt der Vorsitzende folgendes Urteil bekannt: **Die Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten fallen dem Staatsschatz zur Last.**

In der Begründung dieses Urteils heißt es: „Das Gericht hat bei der Freisprechung der Angeklagten als Grundsatz angenommen, daß die Verhandlung vor allem dahin keinen Beweis geliefert hatte, als wenn der Angeklagte Zemke, als er von den Behörden Holz zu billigeren Preisen verlangte, die Absicht hätte, diese Behörden zu betrügen, und sich selbst dadurch einen unberechtigten Vorteil verschaffen. Denn es hat sich herausgestellt, daß er das erhaltene Nutzholz tatsächlich teilweise zum Bau der Brauerei verwendet bzw. für zum Bau geliehenes Holz zurückgegeben hat. Was die weitere Anforderung von Holz anbetrifft, konnte in diesem Falle auch nicht bewiesen werden, daß Zemke die Behörden betrügen wollte, denn die Anklage beruht nur auf der Aussage des Zeugen Ziętara, die sich wiederum auf die Aussage des leider schon verstorbenen Kliński stützt. Dieser allein hätte über die Schuld des Angeklagten definitiv aussagen können. (Die Anzeige in dieser Sache ist bereits fünf Jahre alt und in dieser Zeit ist Kliński und viele andere Zeugen gestorben.) Deshalb auch kann man annehmen, daß die Verhandlung in dieser Richtung hin genügendes Beweismaterial geliefert hätte. Deshalb muß der Angeklagte wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Mithin muß also auch die dritte Anklage, daß der Angeklagte mit dem erhaltenen Bauholz Kettenhandel getrieben hatte, fallen gelassen werden.

Was die weiteren Anklagen anbetrifft, die Nosiński und Pogoda anbetreffen, daß sie auf Anraten des Zemke die Akten der Intendantur vernichtet und dafür Geschenke erhalten haben sollen, konnte in diesen Fällen der Beweis der Schuld nicht genügend erbracht werden. Denn es hat sich z. B. herausgestellt, daß ein Teil der Akten, von denen in der Anklageschrift im allgemeinen die Rede ist, während der Verhandlung von der Intendantur herbeigeschafft wurde. Deshalb auch und vor allem in Anbetracht dessen, daß, was die Geschenke anbetrifft, keinerlei Zeugen vorhanden sind, konnte sich die Anklage in dieser Richtung hin nicht aufrecht erhalten. Es hat der Angeklagte Pogoda allerdings zwei Waggon Holz von Zemke erhalten. Das hat die Verhandlung festgestellt. Es spricht jedoch zu seinen Gunsten die Tatsache, daß er das Holz nicht allein für sich behalten, sondern auch an andere Beamte verteilt und vor allem nicht wußte, daß das Holz aus fiskalischen Beständen herrührte, deshalb auch mußte das Gericht in diesem Falle anerkennen, daß die Voraussetzungen zum Bestehen einer Anklage der Hehlerei in diesem Falle fehlen und der Angeklagte somit nicht für schuldig erkannt werden konnte. — Der Beschluß betr. der Kosten stützt sich auf die §§ 497 und 499 der Strafprozeßordnung.

Was die Hauptanklage anbetrifft, die dem Angeklagten Zemke die Veruntreuung der in der Schrift enthaltenen Brennholzquanten vorwirft, konnte das Gericht nicht davon Abstand nehmen, den Zeugen Kelch zu verhören. Deshalb auch nur wurde die Verhandlung in dieser Anklage vertagt und wird höchstwahrscheinlich nun nur gegen die Angeklagten Zemke und Nosiński, welch letzterer in diesem Falle der Hehlerei angeklagt ist, ungefähr in der Mitte des Monats September stattfinden."

Zum Schluß seines heutigen Berichtes teilt uns unser Korrespondent mit, daß der Zeuge Baran, der Schwiegervater des Nosiński, der nach seiner ersten Festnahme aus Formgründen wieder freigelassen wurde, während der heutigen Verhandlung wieder festgenommen und in das Konitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert worden ist.

Keine Politik bei Gericht!

Der Angeklagte soll Vertrauen zur Staatsanwaltschaft haben.

Nach einer Besichtigung der Staatsanwaltsbehörden ordnete der Justizminister eine **Konferenz der Staatsanwälte** bei den Appellationsgerichten an, die dieser Tage in Warschau stattfand. Der Justizminister betonte bei der Besprechung der bei den Besichtigungen gemachten Wahrnehmungen, daß er die Dienstreise unternommen habe, um sich davon zu überzeugen, wie die Staatsanwaltsbehörden funktionieren. Die grundsätzlichen Thesen, die er hierbei aufstellte, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

I. Die Politik muß aus der Strafgerichtsbarkeit, somit auch aus der Tätigkeit der Staatsanwaltsbehörde ausgeschlossen werden. **Ein Staatsanwalt, der sich an dieser oder jener politischen Partei beteiligt, oder sogar seiner Sympathie für diese oder jene Politik Ausdruck gibt, besitzt die volle Qualifikation — sein Amt niederzulegen.** — Außer der Partei-Politik existiert aber die Staatspolitik, die auf einer bewußten Organisationsarbeit an der Vervollkommnung des Zusammenlebens beruht, und die im Rahmen des Gesetzes ihre Auswirkung finden muß, das von der Regierung als Ausführungsorgan des Volkswillens vertreten wird. Hier läuft jede Einseitigkeit der Interessen den Bestrebungen zuwider, die vom Gesichtspunkt des Staatsganzen und seiner Interessen zu verurteilen sind. Insbesondere wird die Staatsanwaltschaft sich mit der Kriminalpolitik zu befassen haben, die auf eine wirksame Strafbemessung gerichtet ist, d. h. auf ein Verfahren auf dem Gebiete der Strafverfolgung, das nicht allein die Sicherheit dafür gibt, daß der Schuldige bestraft wird, der Unschuldige dagegen keine Einbuße erleidet, sondern daß vielmehr auch der Bürger zuversichtlich dem Staatsanwalt vertrauen kann, damit der Staat nicht allein nicht an Ansehen verliert, sondern gestärkt wird.

II. Das gute Funktionieren des Staatsapparates erfordert es, daß Verantwortlichkeit und Initiative bereits in der untersten Instanz offenbar werden, daß aber die Kontrolle und die allgemeine Direktive von oben kommen. Der Hauptteil der realen Arbeit wickelt sich weder im Ministerium noch beim Prokurator des Appellationsgerichts ab, sondern lediglich bei der Staatsanwaltschaft des Bezirksgerichts. Der Vorsitzende muß mit ihr im engen Kontakt bleiben und seine Initiative wecken; doch für die Initiative trägt sowohl positiv, wie auch negativ in erster Linie der Prokurator selbst die Verantwortung. Die Ermittelungen müssen strikte und genau sein; die Anklageschriften müssen sich auf festgestelltes und zweifelfreies Material stützen. Die Staatsanwälte des Appellationsgerichts haben auf diesem Gebiete eine entsprechende Aufsicht und Kontrolle auszuüben.

III. Wir haben den Umsturz hinter uns, der sich in den Maitagen in Polen vollzogen hat. Die Losung dieses Umsturzes war der Kampf gegen die Mißbräuche. Wahrscheinlich hat der lang andauernde Krieg, haben die sich aus ihm ergebenden unnormalen wirtschaftlichen Folgen die Wirkung gezeitigt, daß wir allzu häufig in unserem Volke Fällen begegnen, bei deren die persönlichen Interessen überwiegen. Wir haben nicht die gehörige Energie in der Bekämpfung der Mißbräuche gezeigt; und dafür tragen in bedeutendem Maße die Staatsanwaltschaften die Verantwortung.

IV. Eine der wichtigsten Grundlagen des organisatorischen Lebens ist die Achtung seiner Einrichtungen und Organe. Die Autorität der Behörden in Polen wurde nicht entsprechend eingeschätzt. Die Aufrechterhaltung der Autorität des Staates und seiner Organe ist die Pflicht der Staatsanwaltschaft. Es ist nicht am Platze, sich hinter der Unvollkommenheit der geltenden Gesetze zu verbergen; denn diese Gesetze waren bei den Teilungsmächten vollkommen ausreichend und sicherten durchaus die Interessen des Staates und die Autorität der staatlichen Organe.

Nach diesen allgemeinen Direktiven präzisierte der Justizminister seine Forderungen, die er an die Staatsanwaltschaften zu stellen beabsichtige, wobei er betonte, daß er von den Staatsanwälten der Appellationsgerichte eine planmäßige Leitung, allgemeine Direktiven, eine wirksame Kontrolle und die Entfachung der Initiative bei den Untergebenen fordern werde. Die Arbeit werde er nicht nach der Zahl der erledigten Akten einschätzen, sondern nach den tatsächlichen Ergebnissen. Bezirke, in denen die Anzahl der Vergehen abnehmen, werden eine Freude für die Prokuratur darstellen, die Gerichte werden nicht übermäßig belastet werden. **Die Versetzung von Personen in den Anklagezustand, die später von den Gerichten freigesprochen werden, müßte zu den seltensten Ereignissen werden;** dann gebe es weiter keine Rückstände und Beschwerden. Dies werde vom Minister als eine gute Verwaltung angesehen werden.